

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 10 (1969)
Heft: 16

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

In Kürze

SS-Mann wird Botschafter

Der erste DDR-Botschafter in Irak ist ein ehemaliger SS-Mann. Hans-Jürgen Weitz begann seine SS-Laufbahn 1943 im Panzergrenadier-Ausbildungsbataillon IIb der Waffen-SS in Spreenhagen als Sturmmann. Im Jahre zuvor war er der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) Hitlers beigetreten. Heute gehört er der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) Ulbrichts an.

Guerillas für Sinkiang

Bereitet die Sowjetunion eine allfällige Annexion Sinkiangs dadurch vor, dass sie in dieser uighurischen Provinz Chinas einen Volksaufstand anheizt?

Im unmittelbaren Grenzgebiet haben die Sowjets ein Freikorps von Uighuren gebildet, die bei der Massenflucht von 1962 aus Sinkiang in die Sowjetunion gekommen waren. Diese Einheiten sollen etwa 200 000 Guerillas umfassen. Ueberdies sind 350 000 Mann regulärer Truppen an der Grenze aufmarschiert. Auch an der Grenze zur Mandchurei nimmt die Truppenkonzentration zu. Die Chinesen befürchten anscheinend, in einem regionalen Krieg im Norden wichtige strategische Gebiete zu verlieren, und haben ihrerseits Milizen mobilisiert. Aber diese sind ungenügend ausgerüstet, und die Volksarmee hat ohnehin alle Mühe, der immer noch schwelenden Unruhen im eigenen Lande Herr zu werden.

Der UdSSR wäre wahrscheinlich an einem nominell unabhängigen Sinkiang gelegen, das, ähnlich wie bereits die Mongolei, als Puffergebiet dienen würde. Ob China einer solchen Entwicklung ebenso machtlos zusehen müsste, wie in den letzten Jahren der Entwicklung der Mongolei zum sowjetischen Satelliten, steht noch aus.

Der sowjetische Generalstabschef bemerkte weiterhin:

«Man sagt, dass der Vergleich die beste Methode der Erkenntnis sei. Es ist aber sehr schwierig und teilweise unmöglich, die heutige Stärke unserer Streitkräfte mit ihrer früheren zu vergleichen. Es ist deshalb so, weil wir früher eine solche Waffe, über die ich bereits sprach, einfach nicht besaßen. Diese Waffe kam nach dem Krieg auf, wurde ständig verbessert und erreicht die Grenze des Fassbaren.» (Karl-Heinz Eyer- mann: Raketen — Schild und Schwert, Ost-Berlin 1967, S. 95.)

UdSSR verstärkt Radiosendungen für das Ausland

Die sowjetische Radiopropaganda benutzt bei ihren Auslandssendungen 84 Sprachen mit relativem Schwerpunkt auf indischen und afrikanischen Sprachen. Die Sendungen aus fünf Stationen sind gegenüber dem letzten Jahr um 14 Prozent erhöht worden. Sie umfassen nunmehr 1890 Wochenstunden. Die polemische Schärfe dieser Programme hat deutlich zugenommen.

Eine neue Pipeline in Bulgarien

Der bulgarische Ministerrat beschloss vor kurzem, eine neue Pipeline vom Erdölhafen Kavarna am Schwarzen Meer bis zu dem im Bau befindlichen Erdölkombinat bei Plewen zu legen. In einem Jahr sollen die Bauarbeiten mit Hilfe sowjetischer Techniker und sowjetischen Rohren beginnen. Die Fertigstellung der Pipeline ist für 1972 vorgesehen.

Gastarbeiterprobleme DDR—Ungarn

Mehrere ungarische Fabrikchefs sabotieren bewusst eine Vereinbarung, die Ostdeutschland das Recht einräumt, Facharbeiter in Ungarn anzuwerben.

Das ungarische Parteiblatt «Nepszabadsag» räumte am 22. Juni ein, dass es fraglich sei, ob

Löbl zog die Konsequenzen

Eugen Löbl, einer der bekanntesten Reformpolitiker der Tschechoslowakei, über dessen jüngstes Buch zum «Prager Frühling» wir Diskussionsbeiträge veröffentlicht haben (siehe «ZB» Nrn. 11 und 12, 1969), ist aus der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei ausgetreten.

Löbl war nach der kommunistischen Machtübernahme stellvertretender Außenhandelsminister gewesen und bekleidete verschiedene hohe Parteiämter. Im Zuge der stalinistischen Säuberungen und der Verfahren gegen Slansky und andere prominente Parteiführer wurde auch er verurteilt, 1960 freigelassen und 1963 rehabilitiert. Später ernannte man ihn zum Direktor der Staatsbank in Bratislava. Schon während der letzten Jahre der Novotny-Aera hatte er zu den ausgesprochenen und mutigen Vertretern des Reformkurses gehört. In der Zeit des Prager Frühlings wurde er namentlich durch sein Buch über den Slansky-Prozess (siehe «KB» Nr. 14, 1968) berühmt, welches die Methoden der stalinistischen Terrorverfahren enthüllte. Zurzeit befindet sich Löbl im Westen.

Seinen jetzigen Austrittsbrief, der in der Tschechoslowakei nicht veröffentlicht werden konnte, richtete Löbl an das Präsidium des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. Für seinen Schritt führt er folgende Begründung an:

1. Am 21. August 1968 besetzte die Sowjetunion die Tschechoslowakei gegen den Willen ihrer Bevölkerung und trotz Protesten der damaligen Führung der KPTSch.

2. Die Entführung der Vertreter von Staat und Partei, das Moskauer Diktat, die der Nationalversammlung aufgezwungene Gutheißung der Okkupationsarmee, die ständigen Eingriffe der Sowjetmacht in die innern Angelegenheiten der Tschechoslowakei, welche zur Annullierung des Aktionsprogramms und Beschränkung der freien Meinungsäußerung führten, wie auch die jüngst

es wegen «bedauerlicher Aktivitäten» möglich sein werde, dass die Werber die 5000 Fachkräfte finden werden, die im September oder Oktober nach Ostdeutschland gehen sollten. Der Zeitung zufolge offerierten einige Werksleiter jenen Arbeitern entweder höhere Löhne oder bessere Posten, wenn sie ihrem Arbeitsplatz treu bleiben sollten.

Dem Plan, ungarische Fachkräfte nach Ostdeutschland für einen begrenzten Zeitraum gehen zu lassen, ist von Beginn an Widerstand entgegengebracht worden, seit er gegen Ende 1967 in Kraft getreten war. In Ungarn besteht Arbeitslosigkeit, aber die ungarischen Wirtschaftsfunktionäre beschwerten sich darüber, dass gerade die besten Kräfte von den Ostdeutschen abgeworben würden. Somit erleichtere es nicht die Situation auf dem Arbeitsmarkt, da die ungelerten Kräfte weder für die heimische Wirtschaft noch für die ostdeutsche von Interesse seien.

Die Zusammensetzung der von Ostberlin geworbenen Arbeiter lässt die ostdeutschen Engpässe erkennen. Ueberwiegend sind es Facharbeiter der Maschinen-, Elektro-, Metall- und Chemie- sowie Textil-Industrie. Hinzu kommen Baufacharbeiter, Zimmerleute und Schlosser. Die Gesamtzahl der ungarischen Gastarbeiter in Ostdeutschland liegt weit unter den 20 000, die 1968 veranschlagt worden waren, als der Plan in Kraft getreten war.

durchgeführten Aenderungen in der KPTSch-Führung beweisen den imperialistischen Charakter der Kommunistischen Partei der Sowjetunion.

3. Die Sowjetunion weist die Prinzipien des Selbstbestimmungsrechtes zurück und versucht vor der UNO das Eingreifen in der Tschechoslowakei mit der These der beschränkten Souveränität der sozialistischen Staaten zu begründen.

4. Trotz der Tatsache, dass die Annahme der Sowjetthesen über die beschränkte Souveränität durch Staat und Partei und die daraus folgenden Konsequenzen politisch falsch waren, mochten zunächst noch die Erwägungen entscheidend erschienen haben, laut welchen die Partei auf die Gelegenheit warten würde, im Sinne von Volk, Partei und Verfassung zu handeln.

5. Eine solche Gelegenheit aber bildete das Forum der Kommunistischen Parteien in Moskau. Hier konnte sich die KPTSch ohne Risiko für das Land auf die Seite jener Kommunistischen Parteien stellen, welche die Besetzung der Tschechoslowakei und das Prinzip der beschränkten Souveränität entschieden verurteilt haben.

6. Doch in diesem Augenblick, als die KPTSch zum Zünglein an der Waage wurde, als sie die Möglichkeit hatte, den Gang der Konferenz zugunsten der Tschechoslowakei, der fortschrittlichen Kräfte der Welt, nicht zuletzt auch innerhalb der Sowjetunion und der übrigen Staaten des Warschauer Paktes, zu lenken, zeigte sie sich eindeutig als gehorsame, kollaborierende Partei.

7. Ein weiteres Verbleiben in dieser Partei würde für mich die Absage an alle Ideale bedeuten, die mich einst zu ihr führten und welche die jetzige Führung verraten hat.